

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 18, Holbeinstr. 48

Druckerei 21366 Postfachkonto Leipzig Nr. 1477

Sächsische Volkszeitung

Belegpreis: Ausgabe A mit Illustr. Beilage vierteljährlich 2.88 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.30 M. - Ausgabe B vierteljährlich 2.58 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. - Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungszeile 40 J. im Restanteil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das Zustandekommen des Schulkompromisses

Nach den aus Weimar vorliegenden Meldungen kann kaum ein Zweifel darüber mehr bestehen, daß das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gesichert ist. Es beruht auf der Anerkennung der gegenseitigen Freiheit, wie wir sie hier immer gefordert haben. Damit ist aber für das christliche Volk...

die konfessionelle Schule gesichert.

Ueber die Einzelheiten des Kompromisses wird uns aus Weimar folgendes gemeldet:

Im Artikel 143 Abs. 3 heißt es jetzt: Ob die Schule innerhalb der Gemeinden für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein soll, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetriebe zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Art. 143 Abs. 3 lautet jetzt folgendermaßen: Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch das Reich, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Der Art. 141 soll jetzt heißen: Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterliegen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrplänen und Einrichtungen, sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben und im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Abstufung des Schulgeldes auch minderbemittelten Volksschichten zugänglich gemacht werden.

Ein weiterer Absatz heißt: Privatschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Art. 143 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht.

Art. 145, Abs. 1 lautet in der ursprünglichen Fassung: In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutscher volkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkervereinigung zu erstreben. Hier soll hinter dem Worte "Tüchtigkeit" das Wort "Arbeitsfreudigkeit" eingefügt werden.

In Artikel 146, Abs. 1, hieß es bisher: "Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schule." Hier wird hinzugefügt: "Mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schule."

Abatz 2 lautete bisher: "Die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer überlassen. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuche des Religionsunterrichtes oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden." Dieser Absatz lautet jetzt: "Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen."

Abatz 3 hieß bis jetzt: "Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten." Diese Auffassung wird eingeschränkt, und zwar in folgender Art: "Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten."

Für uns in Sachsen ist besonders der Absatz von Wichtigkeit, der die Zulassung von Privatschulen bestimmt, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß selbst in solchen Gemeinden, in denen keine öffentliche konfessionelle Schule besteht, konfessionelle Privatschulen errichtet werden können. Die öffentlichen konfessionellen Schulen haben natürlich bestehen zu bleiben - auch in Sachsen. Damit werden sich auch die Herren Arzt und Genossen abfinden müssen - falls es nicht ihren freisinnigen oder sonstigen Freunden in der Nationalversammlung noch gelingen sollte, die Sache zu Fall zu bringen. Sonderbarerweise nimmt auch der "Dresdner Anzeiger" gegen das Kompromiß in der ihm eigenen Art Stellung. Allerdings nach der Rede des Abg. Kaiser in der Volkskammer ist es besser zu sagen: Nicht sonderbarerweise, sondern nur zu freuen, daß...

haltung der christlichen Schule durchgeführt hat, scheint er darüber sehr betrübt zu sein. Es hat so auch einige Verwunderung erregt, daß der Abg. Dr. Heinze aus "juristischen" Gründen eifrig bestrebt war, das Zustandekommen dieses Verfassungsabzates zu vereiteln. Vor Tische laß mans anders! Immerhin, der "Dresdner Anzeiger" ist ein gelehriger Schüler und wandelt nun ohne Erörtern auf den Spuren Dr. Kaisers und Genossen. Er erklärt, die Zentrumspolitik sei die voraussetzungsloseste Wissenschaft der Gegenwart und ihre Führer seien Meister des diplomatischen Stiles und Spieles. Das soll natürlich Spott sein. Der "Anzeiger" kann sich seine Satire ruhig sparen; sie wirkt nicht mehr. Hier sprechen die nackten Tatsachen: Das Zentrum hat etwas erreicht, und die rechtsstehenden Parteien haben nicht nur nichts erreicht, sondern haben durch ihre blinde Opposition das Zustandekommen des Verfassungsabzates noch sehr erschwert.

Als bei den Wahlen vom 19. Januar in Sachsen die rechtsstehenden Parteien den Anschluß ans Zentrum suchten und sogar nichts feindlicher wünschten, als daß ihnen das Zentrum ohne eigene Kandidatenaufstellung seine gesamten Stimmen zuführen möge, haben wir uns mit einer Listenverbindung einverstanden erklärt in der Voraussetzung, daß die Gewählten in kulturellen Fragen, vor allem aber in der Schulfrage nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch sich einsetzen würden. Tatsächlich haben die rechtsstehenden Parteien nur durch diese Listenverbindung vermocht, einen Kandidaten mehr durchzubringen, als ihnen aus eigener Kraft möglich gewesen wäre. Die Erwartungen, die man nach der damaligen Stellungnahme auf die Herren setzen konnte, haben sie bis jetzt nicht erfüllt. Die Angriffe aus der gegnerischen Presse verlangen, daß hier einmal Faktur gesprochen wird. Um so mehr verdienen unsere Freunde vom Zentrum Anerkennung, daß sie mit solcher Energie gerade die schwierigen sächsischen Verhältnisse im Auge behalten haben und das Banner der kulturellen Freiheit hochhalten. hst.

Die Volksabstimmung in Böhmen

Aus Prag wird uns geschrieben:

Das imperialistisch-nationalistische Regime, das Rafferty und Kramarz in der neuen tschechoslowakischen Republik anrichteten, hat seine erste große Niederlage erlitten. Die Gemeindevahlen, die im gesamten, durch die Bestimmungen des Vertragsunterwerfes von St. Germain vorläufig territorial festgelegten Staatsgebiet stattgefunden haben, brachten im tschechischen Sprachbereich den überwältigenden Sieg der Sozialisten, einen Sieg der die ganze politische Konstellation der Prager Regierung umstößt und hier zu den weitestgehenden Konsequenzen führen muß. Im geschlossenen deutschen Sprachbereich aber, in Deutschböhmen, im deutschen Sudetenland und im deutschen Südmähren, ergaben die Wahlen den klaren und unzweifelhaften Beweis für das unbedingte, reine Deutschböhmen in diesem Gebiet und für die Unrichtigkeit der tschechischen Propaganda, die auch hier immer von einer gemäßigtsprachigen Bevölkerung zu erzählen wußte, und darauf in Paris ihre gefällige Argumentation aufbaute. Die Tschechen selbst haben diese Volksabstimmung durchgeführt, unter ihrer Kontrolle hat sie stattgefunden und sie werden heute ihr Ergebnis auch anerkennen müssen.

Was in den Monaten seit dem Zusammenbruche geschehen konnte, um die geringen tschechischen Minderheiten in den rein deutschen Gebieten zu säkern, ist von der Prager Regierung und von dem großen Tschechisierungverein getan worden. Tschechische Beamte, Lehrer usw. wurden nach Deutschböhmen veretzt, Tausende von deutschen Arbeitern ausgewiesen und durch tschechische Arbeiter ersetzt, die tschechischen Besatzungstruppen in den deutschen Städten erhielten das Recht, an den Wahlen teilzunehmen, und was nur irgendwie möglich war, wurde mit rücksichtsloser Brutalität und Gewalt länger als ein halbes Jahr für dieses Plebiszit agitiert, - und das Ergebnis in Deutschböhmen ist national gar nicht in Betracht kommende Minderheit wohnen. Selbst in den Industriebezirken, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre ein Einstellen tschechischer Arbeiter in die Fabriken zum Teil notwendig machten, sind die erreichten tschechischen Wahlenlücken lächerlich gering. In der Industriestadt Reichenberg zum Beispiel, wo die Tschechen immer über eine starke Minderheit zu verfügen behaupteten, wurden 37 deutsche und 5 tschechische Vertreter in den Gemeinderat entsendet. Im ganzen Bezirk Freiland wurden insgesamt nur drei Tschechen gewählt, in den Gemeinden des Bezirkes Deutsch-Abel kein einziger. In der Stadt...

in Teplitz-Schönbach, das in dem großen Kohlenindustriegebiet liegt, 33 Deutsche, 3 Juden und 4 Tschechen, in der Stadt Kufflig 33 Deutsche und 7 Tschechen, dagegen im Bezirk Kufflig kein Tscheche, in dem wegen seines deutschen Kriegsgerichtes viel aufgetriebenen Tschechen 21 Deutsche und 2 Tschechen usw. In Teplitz ist das Wahlergebnis besonders bezeichnend. Die Tschechen haben Brüx immer als sozugen halbtchechische Stadt proklamiert, und als sie bei der Besetzung Deutschböhmens die Gemeindevertretung der Stadt auflösten, ernannten sie in den neuen Verwaltungskörper mehr als die Hälfte tschechische Vertreter. Bei den Wahlen wurden nun 21 Deutsche und nur 6 tschechische Vertreter in den Gemeinderat berufen. Karlsbad, das die Tschechen als ihren Weltkurort in Anspruch nehmen und das mit allen Umgebungsorten zusammen nur einen einzigen tschechischen Gemeinderat erhalten.

Aber nicht nur im geschlossenen deutschen Sprachbereich sondern auch an der Sprachgrenze, wo die Deutschen in den letzten Jahren hart bedrängt wurden, haben die Deutschen eine volle Niederlage erlitten. In Prag selbst beispielsweise, einem tschechisch-tschechen Ort, den die Tschechen seit langem für sich allein reklamiert haben, sind zweidrittel der Wähler Deutsche und nur ein Drittel auf die Tschechen entfallen. Dabei können sich die Tschechen keineswegs auf berufen, daß die deutschen Städte in Böhmen, wie wie Warburg, Eßlitz und Bekau in Südmähren, zum wenigsten in einer sonst überwiegenden tschechischen Umgebung bilden, denn gerade in Böhmen und Mähren hat sich in geschlossenen deutschen Sprachgebieten das tschechische Element erhalten als die Städte, wo durch den Einzug von industriellen Arbeitern auf tschechische Bevölkerung ein gewisser tschechischer Einfluß herbeigeführt wurde. Nirgends so wie in Deutschböhmen und in Teplitz-Schönbach und Mähren hält der deutsche Bauer seine Nation beständig, ist auch darauf bedacht, auch sein Gemeinwesen rein deutsch zu erhalten. So haben auch die Wahlen gezeigt, daß die Dorfgemeinden völlig deutsch sind. Die amtliche tschechische Wahlstatistik berechnet, daß genau ein Drittel aller abgegebenen Stimmen den Deutschen und zweidrittel den Tschechen zugefallen sind. Dabei wäre aber zu berücksichtigen, daß die Prager Regierung in einer Anzahl deutscher Städte, die ihr aus diesem oder jenem Grunde die Vornahme von Gemeindevahlen noch nicht genehmigt bearbeitet hätten, die Wahl im letzten Moment abgelehnt hat, sonst hätte sich das Stimmenverhältnis vielleicht noch zugunsten der Deutschen verhalten.

Aber auch diese Ziffern sprechen wohl eine genügend deutliche Sprache. Ein Drittel des tschechoslowakischen Staates ist deutsch, und dieses Deutschtum ist nicht etwa in hundert kleine Zersplitter zerfallen, sondern wohnt seit Jahrhunderten in einem geschlossenen völlig einheitlichen Siedlungsgebiet. Eine lautere Auflage gegen den tschechischen Imperialismus, als das Ergebnis dieser von den Tschechen selbst veranstalteten und so weit als möglich beeinflussten Volksabstimmung ist wohl nicht mehr denkbar. Wenn die Friedenskonferenz sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, geschnitten für alles, was dem Rechte zum Zuge dienen kann, lange Ohren zu haben, dann muß es diese Volksabstimmung zur Kenntnis nehmen und muß auch ihre Entscheidung danach treffen, Deutschböhmen und das deutsche Sudetenland sind rein deutsche, geschlossene Siedlungsgebiete, die deutsch bleiben wollen.

Die Zukunft unserer Wirtschaft

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Entente hat bekanntlich die Aufhebung der Blockade und die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln von der schnellen Ratifizierung des Friedensvertrages abhängig gemacht. In den besetzten rheinischen Gebieten sind ungeheure Mengen Waren aller Art angehäuft, um sie alsbald nach Öffnung der Grenzen über den Rhein in das Innere Deutschlands zu schaffen. Die Absicht der Entente ist, den deutschen Markt mit diesen Gegenständen zu überfluten und dadurch die eigene Fabrikation in unserem Lande unmöglich zu machen. Namentlich Amerika hat einen reichen Ueberfluß an billigen Produkten, die noch, bevor England und Frankreich in der Lage sein werden, mit Deutschland in Handelsbeziehungen zu treten, in das unbesetzte Gebiet geschafft werden sollen. Wir haben gewiß ein großes Interesse daran, möglichst bald in den Besitz der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel zu gelangen, aber keineswegs können und dürfen wir machen, daß durch Lieferung von Fertigfabrikaten unsere eigene Industrie zur Arbeitslosigkeit verurteilt wird. Die Regierungsbürokratie hat daher auszublickt auf den Weg...